

Landesmitgliederversammlung Mehr Demokratie e.V Schleswig-Holstein Protokoll am 04.09.2022 in Neumünster

von Anton Doll und Annette Pannenbäcker

Teilnehmende: 20 Personen, 17 stimmberechtigte Mitglieder

TOPs

1. Einführung und Begrüßung durch Ingrid Eppert
 2. Claudine Nierth zu aktuellen Themen aus dem Bundesverband
 3. Karl-Martin Hentschel zu Themen im EU-Parlament
 4. Vortrag: Bürgerräte - Was bisher geschah
- MD Referentin Lea Johannsen, Klima & Kommunale Demokratie
5. Karl-Martin Hentschel zum neuen Koalitionsvertrag in SH und die Vorbereitung einer Volksinitiative
 6. Abstimmung über die Vorbereitung einer Volksinitiative in SH

1. Ingrid Eppert begrüßt die Anwesenden und eröffnet das Büffet.

Sie stellt den in einer Onlineversammlung neu gewählten Vorstand des Landesverbandes

Schleswig-Holstein vor, dem Claudine Nierth, Karl-Martin Hentschel, Alexander Schulz und Rolf Sörensen angehören.

Zudem unterstützen Bettina Heck, Anton Doll und Annette Pannenbäcker den Landesvorstand.

2. Claudine Nierth teilt mit, dass aktuell 194.000 Personen über den E-Mail-Verteiler von MD erreicht werden und über Social Media Kanäle 800.000 Interessierte bei MD registriert wurden.

Sie bittet darum, interessierte Nicht-Mitglieder aus dem persönlichen Umfeld auf den Bezug des Newsletters und auf eine mögliche Mitgliedschaft anzusprechen.

In Kürze starten wieder die Online-Veranstaltungen „Mehr Demokratie im Gespräch“

<https://www.mehr-demokratie.de/service-beratung/seminare-mehr-demokratie-im-gespraech> und „Sprechen und Zuhören“, welche regelmäßig stattfinden werden.

<https://www.mehr-demokratie.de/service-beratung/sprechen-und-zuhoeren>

Der Geschäftsbericht des Bundesverbandes folgt nach Verabschiedung per Mail an die Mitglieder.

Beim Bundesverband wird ein „Zentrum für Beteiligung und Zukunftsfragen“ eingerichtet. Hier soll auch die Bürgerbegehrensberatung angesiedelt sein.

Ansprechpartnerin ist Susanne Socher.

In Schleswig-Holstein wird die direkte Demokratie durch eine Generalklausel im Koalitionsvertrag bedroht, diese zielt darauf ab

Bürgerbegehren gegen wichtige Projekte der Infrastruktur und des Ausbaus von Energieversorgung und Wohnungsbau als unzulässig einstufen zu können.

Die Einführung einer solchen Generalklausel könnte auch negative Vorbildwirkung für andere Bundesländern haben.

3. Karl-Martin Hentschel spricht über die Hintergründe und aktuellen Begrenzungen des EU-Parlaments und über die Notwendigkeit der Neuaufstellung des EU-Parlaments, um handlungsfähig zu werden und konsensuale Entscheidungen treffen zu

können.

„Die Verfassung soll von einem von den EU-Bürgerinnen und Bürgern gewählten Verfassungskonvent mit intensiven Formen der Bürgerbeteiligung erarbeitet werden.“

Weitere Details sind bestens im Positionspapier von MD zusammengefasst, aus dem auch das vorherige Zitat stammt.

[https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2022/2022-01-](https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2022/2022-01-20_Mehr_Demokratie_Positionen_EU.pdf)

[20_Mehr_Demokratie_Positionen_EU.pdf](https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2022/2022-01-20_Mehr_Demokratie_Positionen_EU.pdf)

Karl-Martin Hentschel macht auf die Kampagne von MD gegen die Sperrklausel für kleinere Parteien im EU-Parlament aufmerksam. Hier folgt der Link zur Unterstützung

der Kampagne. <https://www.mehr-demokratie.de/aktionen/sperrklausel-stoppen>

4. Vortrag und Präsentation „Bürgerräte - Was bisher geschah ...“

Lea Johannsen startet mit Pkt. 3 der Präsentation, da alle Teilnehmenden bereits Vorwissen zu Bürgerräten haben. Die gesamte Präsentation ist in der dem Protokoll angehängten Datei zu finden.

Weitere Infos unter: www.buergerraete.de und www.losland.org

Die Kosten für die Durchführung eines kommunalen Bürgerrats belaufen sich auf ca. 10.000.- - 20.000 €, abhängig von der Größe der Einwohnerzahl der Kommune/Stadt. BÜRGERRÄTE UND LOSLAND sind weitere Projekte von Mehr Demokratie e.V., in denen Mitarbeitende von MD, zum Teil aus verschiedenen Bereichen, tätig sind.

5. Karl-Martin Hentschel erläutert Hintergründe zum neuen Koalitionsvertrag in SH und berichtet über den aktuellen Stand zur Vorbereitung einer Volksinitiative gegen die darin angekündigte Generalklausel, durch die die Landesregierung Bürgerbegehren gegen

„wichtige Infrastrukturprojekte“ für unzulässig erklären könnte. Der BUND, der NABU, sowie einige attac-Gruppen haben bereits ihre Bündnisbereitschaft verbindlich zugesagt.

Weitere, große BündnispartnerInnen, wie Organisationen und Institutionen werden angesprochen und zuletzt werden auch aktive MD_IerInnen in SH benötigt, die sich durch Unterschriftensammlungen in den einzelnen Kommunen und Städten vor Ort engagieren.

Weitere, detaillierte Infos sind auf der MD_SH website unter dem folgenden Link zu finden.

<https://sh.mehr-demokratie.de/einzelansicht-news/klimaschutz-und-buergerbeteiligung>

6. Claudine Nierth stellt den Antrag, dass der Landesverband MD SH beschließen möge, den Start einer ggf. notwendigen Volksinitiative gegen die Einführung einer Generalklausel vorzubereiten.

Der Antrag wird mit 17 JA-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung von 17 stimmberechtigten Mitgliedern einstimmig angenommen.

Ingrid Eppert dankt allen TeilnehmerInnen und beschließt die Versammlung.